

Peter Birke

## Autonome Sehenswürdigkeit. Die Rote Flora und die Hamburger Stadtentwicklung seit den späten 1980er Jahren

### I

Das erste Mal habe ich im Herbst 1988 von der Flora gehört – als sie noch nicht „rot“ war und einige Monate, nachdem das Warenhaus „1.000 Töpfe“ ausgezogen war.<sup>1</sup> Ich war schon fast 23 und saß in der Küche eines Freundes in der Schanzenstraße im gleichnamigen Hamburger Viertel, etwa dreihundert Meter von der Flora ent-

---

<sup>1</sup> Ich bedanke mich für zahlreiche Anregungen und Einwände, nicht zuletzt innerhalb der Redaktion bei Thomas Funk für seine unermüdlichen Anstrengungen, diesen Text lesbar zu machen sowie bei den LeserInnen des Manuskripts, die anders als ich längere und aktuellere Erfahrungen aus dem Inneren der Roten Flora haben. Ich schließe hier an Arbeiten über die aktuellen stadtpolitischen Bewegungen an, die in Sozial.Geschichte Online veröffentlicht worden sind. Dabei ist meine Perspektive durch die Teilnahme an diesen Bewegungen geprägt, und zwar an solchen, die sich in den letzten Jahren nicht auf die Rote Flora, sondern auf die städtische Peripherie Hamburgs und die Kampagne gegen die Internationale Bauausstellung bezogen haben; siehe zuletzt: Peter Birke, Radikaler Umbau. Eine Bilanz der Internationalen Bauausstellung in Wilhelmsburg, in: emanzipation, 3 (2013). Wer den O-Ton aus der Roten Flora lesen möchte, gehe auf [[www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora)] und die aktuelle Kampagnenseite [<http://florableibt.blogspot.de>]. Auch aus dem Haus selbst und bereits im Kontext der hier diskutierten Fragen: Andreas Blechschmidt, Im ‚Gleichgewicht des Schreckens‘. Autonomer Kampf gegen Umstrukturierung im Hamburger Schanzenviertel, in: StadtRat (Hg.), Umkämpfte Räume, Hamburg u. a. 1998, S. 84–99. Ansonsten ist die Literatur etwas fragmentarisch. Die einzige existierende Monographie ist von einem Vertreter der Gegenseite (einem ehemaligen Polizisten) verfasst worden: Karsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden 2011 (Rezension von Bernd Hüttner in Sozial.Geschichte Online 11 / 2013). Eine Übersicht über die autonomen Bewegungen in Hamburg, die hoffentlich bald auch in deutscher Sprache veröffentlicht werden wird, gibt Bart van der Steen, Between Streetfight and Stadtguerrilla. The autonomous movement in Amsterdam and Hamburg during the 1980s, Dissertation, Florenz 2012.

fernt. Er erzählte fasziniert, dass er in der vergangenen Nacht in das leerstehende Gebäude des früheren Varieté-Theaters geklettert sei, das zuletzt das Weißwarenhaus „1.000 Töpfe“ beherbergte hatte. Das Gebäude stand leer, war allerdings im Zuge des Plans, dort ein gigantisches Musical-Theater zu errichten, zum Teil abgerissen worden. Nach Protesten im Schanzenviertel, einer Besetzung der Baustelle, Anschlägen auf den Zaun und auf Baufahrzeuge hatte der Event-Unternehmer Friedrich Kurz seinen Plan aufgegeben. Mit dem Gebäude passierte augenblicklich gar nichts, eine Art Zwischensituation war entstanden, eine „Winterfestmachung“ stand bevor. Mein Freund sah dort tausend Möglichkeiten, er sah eine kleine Bühne im ersten Stock, einen riesigen Keller für Übungsräume, einen großen Versammlungsraum im Obergeschoss. Das war das Alternativprogramm der Flora-Nutzung gegenüber dem Plan, in einem der ärmsten Quartiere Hamburgs einen kommerziellen Showpalast zu errichten, der die umliegenden Straßenzüge in einen Parkplatz für Reisebusse verwandelt hätte. Viele Nachbarn unterstützten die Proteste; sie fürchteten steigende Mieten und unerträgliche Lebensbedingungen.

Es war die Frühzeit der Gentrifizierung des Schanzenviertels, ein Wort, das damals noch niemand benutzte. In der Schanzestraße konnte man noch den furchterregenden Gestank des nebenan gelegenen Schlachthofs wahrnehmen. Am Ende der Schanzestraße roch es angenehmer, nach Curry, dort war eine Gewürzmühle. Wenn der Wind stärker aus dem Westen kam, war die Maische der Holstenbrauerei kaum zu ignorieren. Und im großen Hinterhof zwischen Schulterblatt und Schanzestraße befand sich das Fabrik- und Verwaltungsgebäude der Firma Montblanc, die hier bis vor kurzem tausende ArbeiterInnen beschäftigt hatte. Das Schanzenviertel selbst wurde von erwerbslosen Jugendlichen, ArbeiterInnen, Punks, Linksradikalen und MigrantInnen bewohnt; viele der zuletzt genannten fanden in dem Quartier auch ihr politisches Exil. Das Schanzenviertel war noch von der Weltwirtschaftskrise nach 1973 und insbesondere der Krise des Hafens und der hafennahen Industrie nach

1981 geprägt. Aber es geriet bereits in den Strudel seiner Kommerzialisierung und, wie man damals sagte, „Yuppiesierung“. Es war ein Grenzland, einer der von Lefèbvre als umkämpfte Zonen beschriebenen Räume, in dem es Ansätze einer umfassenden Inwertsetzung, aber auch Möglichkeiten der Entwicklung anderer, offener Räume gab. Die Flora war nur eines von zahllosen neu angeeigneten Gebäuden, und einige Besetzungen, wie eben in der Schanzestraße, waren durchaus erfolgreich gewesen. Aber immer wieder kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Vor einigen Monaten war nur einen Katzensprung entfernt, in St. Pauli Süd, der spektakuläre Kampf um die Hafestraße vorläufig gewonnen worden.

Ich rieb mir die Augen, war eben aufgewacht. In der Nacht erst waren meine Freundin Tanja und ich aus Frankfurt gekommen, um meinen Bruder und einige Leute in Hamburg zu besuchen. Für uns war das hier eine andere Welt. Nicht, dass wir nicht auch mitten aus den sozialen Kämpfen der 1980er Jahre angereist wären. Aber wir orientierten uns vor allem an der antimilitaristischen und betrieblichen Linken, und zwar umso mehr, nachdem die autonome Linke in Frankfurt am Main im selben Monat, in dem die Hafestraße gerettet wurde, nach der Erschießung zweier Polizisten während einer Demo an der Startbahn West ihren deprimierenden Showdown erlebt hatte. Im Schanzenviertel hingegen wohnten wir – selbstverständlich – in einem von mehreren umkämpften Häusern des Quartiers, und im Schlafzimmer meines Bruders in Eimsbüttel – er studierte Theologie – hing selbstverständlich ein „Hafestraße bleibt“-Plakat. Nach einer Zeit fragten wir unseren Freund, ob wir unser Auto nicht lieber woanders parken sollten. Wir hatten den roten Lada von Tanjas Eltern ausgeliehen, sehr nette Leute mit einem langsamen Auto, aufrechte Linke auch, die aber im Hintertaunus eine gewisse Rolle in der SPD spielten. Wir könnten alternativ auch den Aufkleber entfernen, schlug unser Freund vor.

## II

Die SPD hatte immer mehrere Gesichter. Klaus von Dohnanyi war eben erst, am 8. Juni 1988, als Bürgermeister zurückgetreten, Henning Voscherau hatte seine Nachfolge angetreten. Dohnanyi wurde nicht nur durch Grundrechtsverletzungen wie den „Hamburger Kessel“ zwei Jahre zuvor bundesweit berühmt, sondern auch durch die sogenannte friedliche Lösung des Hafenstrassen-Konflikts.<sup>2</sup> In der Tat war Dohnanyi innerhalb der Sozialdemokratie, die bis in die späten 1980er Jahre in Hamburg parteipolitisch absolut dominant blieb, wegen seiner Haltung in der Hafenstrassen-Frage sehr umstritten, wofür der Hardliner-Flügel der Partei sorgte, der in den späten 1980er Jahren durch Leute wie Innensenator Pawelczyk oder Bausenator Eugen Wagner („Beton-Eugen“) repräsentiert wurde.

Dass die Hafenstrasse eine an mehrere Bedingungen geknüpfte vorläufige Tolerierung erreichen konnte, war allerdings kaum allein auf Konflikte innerhalb der SPD zurückzuführen.<sup>3</sup> Die Janusköp-

---

<sup>2</sup> Zur Hafenstrasse sind seitdem zahllose Texte erschienen, zuletzt: Simone Borgstede, Der Kampf um das Gemeinsame: St. Pauli Hafenstrasse, in: Willi Baer / Karl-Heinz Dellwo, Wir wollen alles: Die Hausbesetzungen in Hamburg, Berlin 2013, S. 105–157. Dieser Band gibt auch sonst einen ausgezeichneten Überblick über die Geschichte der Hausbesetzungen in Hamburg. Von derselben Verfasserin: Der Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen: St. Pauli Hafenstrasse, 1981 bis 1987, *Das Argument*, 52 (2010), 289, S. 849–859. Ganz neu und leider noch nicht übersetzt: Ask Katzeff, Tag byen tilbage. Autonome zoner i den neoliberale by, Dissertation, Kopenhagen 2014 (Manuskript). Asks Arbeit bot zahllose Anregungen zu vorliegendem Text, insbesondere bezüglich des Zusammenhangs zwischen der „unternehmerischen Stadt“ und den „autonomen Zonen“. In der vorliegenden Zeitschrift (beziehungsweise der papierernen Vorgängerin) wurde die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Stadtökonomie und Hafenstrassen-Besetzung schon sehr früh diskutiert: Erich Kerner, Die Hamburger Hafenstrasse als Investitionsbremse?, 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*. 1 (1989), S. 101–105.

<sup>3</sup> Selbstverständlich ist die breite soziale Bewegung, die sich zeitgenössisch um den Konflikt herum entfaltete, eine der wesentlichen Ursachen für den Erhalt der Häuser. Dabei spielte der UnterstützerInnenkreis der Hafenstrasse eine wichtige

figkeit ihrer Politik entsprang auch der Logik des „Teile und Herrsche“, denn die Akzeptanz der Hafensstraße war immer mit einer harten Linie gegenüber weiteren Besetzungen verbunden, die mit sofortigen Räumungen zu rechnen hatten, sich aber dennoch in dieser Zeit zumindest teilweise etablieren konnten.<sup>4</sup> Darüber hinaus hatte Dohnanyi bereits in der ersten Hälfte der 1980er Jahre, vor dem Hintergrund der zweiten Rezession in der langen Depression nach 1973, die die Hafenstadt außerordentlich stark getroffen hatte, das „Unternehmen Hamburg“ ausgerufen.<sup>5</sup> Innerhalb dieses Unternehmens waren industriepolitisch „Gründergeist“ und sozialpolitisch „Subsidiarität“ angesagt – mit anderen Worten: die aktive Förderung neuer, innovativer Branchen in Verbindung mit rigiden Sparmaßnahmen bei staatlichen Dienstleistungen und im öffentlichen Sektor. In diesem Kontext kam es auch zu einer umfassenden Neujustierung der megalomanen Stadtpolitik der 1960er und

---

Rolle, die hier aber nicht weiter beleuchtet werden kann. Eine ausgezeichnete zeitgenössische Dokumentation hierzu: Michael Herrmann / Hans-Joachim Lenger / Jan Philipp Reemtsma / Karl Heinz Roth, „Hafensstraße“. Chronik und Analyse eines Konflikts, Hamburg 1987. Ich danke Rainer Zwanzleitner für diesen Hinweis.

<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, den (hier anonymisierten) Kommentar einer Leserin des Manuskripts zu diesem Text wiederzugeben, der – besser als ich es aufschreiben kann – genau diese Situation umreißt: „Als eine derjenigen, die damals tatsächlich dabei waren, erinnere ich mich noch an die tatsächliche Aufbruchstimmung. Wir hatten wirklich das Gefühl, in dem Freiraum, der einerseits durch die Auseinandersetzungen um den Hafen (erfolgreiches ‚Militantzgebaren‘), andererseits aber auch durch die andernorts beschäftigte Großpolitik entstanden war, einiges möglich zu machen: Hafen, Schanze 41a, Chemnitzstraße, Flora, Schäferkamp 46a/b, Nimm2, Klausstraße, Lobuschstraße, Bergiusstraße, um nur einiges zu nennen, von denen tatsächlich noch viel existiert. Es war eine sehr anstrengende und sehr motivierende Zeit, und die Erfolge haben unendlich viel Kraft gegeben.“

<sup>5</sup> Sybille Brauriedl, Hamburger Leitbilder der Stadtentwicklung = Masterpläne der Imagebildung, in: Irene Bude et al. (Hg.), Begleitbroschüre zum Film „Empire St. Pauli – von Perlenketten und Platzverweisen“, Hamburg 2009, S. 20–23. Siehe zur Darstellung im Folgenden auch Peter Birke, Sozialproteste im „unternehmerischen Hamburg“. Notizen zu ihrer Geschichte, in: Norbert Gestring / Renate Ruhne / Jan Wehrheim, Stadt und soziale Bewegungen, Berlin 2014, S. 83–97.

1970er Jahre, in der ganze Stadtteile zur Disposition gestellt wurden und Massenwohnsiedlungen wie Autobahnbauten als progressiv galten, eine Politik, die schließlich zunehmend mit dem Widerstand der lokalen Bevölkerungen etwa in St. Georg oder Ottensen konfrontiert war. Gleichzeitig wurden die Altbaubestände in den innenstadtnahen Quartieren nach und nach für die Stadtplanung attraktiv. Und auch der Beschluss, den östlichen, innenstadtnahen Hafensbereich zu einem neuen Quartier umzubauen, das eine Anziehungskraft für Betriebe expandierender Branchen, Unternehmen des Finanzsektors, reiche steuerzahlende Neubürger und, *last but not least*, den Massentourismus entwickeln sollte, war bereits gefällt: Voscherau sollte später stolz darauf sein, das Projekt „HafenCity“ unter strikter Umgehung des Parlaments durchgesetzt zu haben.

Dieser Beschluss, die Prinzipien der „unternehmerischen Stadt“ in Form einer Neubau-Gentrifizierung umzusetzen, nahm – ironischerweise – auch etwas Druck von der Hafenstraße. Die Häuser lagen nämlich genau auf der Achse eines anderen stadtpolitischen Megaprojekts, das Dohnanyi und der damalige Oberbaudirektor Egbert Kossak entworfen hatten: eine „Perlenkette“ aus hochpreisigen Büro- und Wohnungsbauten, die von der Innenstadt bis nach Altona reichen sollte (und heute übrigens auch reicht). Unter der neuen Schwerpunktsetzung konnte mit einer „Lücke“ in dieser Kette flexibel umgegangen werden. Mehr noch, sie konnte im Sinne einer Inwertsetzung der Subkultur als weichem Standortfaktor ebenfalls als „Perle“ gedacht werden – zumindest unter der Perspektive einer gelingenden Einhegung des lokalen Klassenkampfes und der selbstverwalteten Projekte der Hafenstraße. Als subkulturelles Einsprengsel konnten die bunten Häuser die Attraktivität der Stadt steigern, als Touristenattraktion, aber auch als „spannendes“ Umfeld für das, was man damals als Yuppies bezeichnete.

Kein Zweifel, dass ohne die Kämpfe um die Hafenstraße dieser Ort und der Stadtteil St. Pauli heute ganz anders aussehen würden. Kein Zweifel aber auch, dass sich der Hamburger Senat mit ihr

letztlich arrangiert hat, um sie in ihre Vision zu integrieren, in der das, was man später als „kreative Klasse“ bezeichnet hat, ein zunehmendes Ansehen genoss. Ähnliches gilt für die Rote Flora.

### III

Nach einer sechswöchigen Phase eines legalisierten Experiments mit einem Stadtteilkulturzentrum wurde die Rote Flora am 1. November 1989 für besetzt erklärt.<sup>6</sup> Dass die Flora in den 1990er und 2000er Jahren zu einem wichtigen Angelpunkt überregionaler autonomer Bewegungen werden sollte, war damals selbstverständlich noch nicht klar. Parolen, die mit der Besetzung verbunden waren, bezogen sich auf das Quartier und die unmittelbare soziale Umgebung. Man wollte, wie zeitgenössischen Plakaten zu entnehmen ist, „Das Viertel denen, die dort wohnen“ sichern oder „Den Widerstand in die Viertel tragen“.<sup>7</sup> Die Parolen waren (noch) vor allem durch die Kämpfe der 1980er Jahre geprägt, durch die Haus- und Platzbesetzungen, die seit den frühen 1980er Jahren in Amsterdam und Westberlin, Köln und Kopenhagen und etwas später auch in Hamburg eine entscheidende Rolle innerhalb der urbanen Sozialbewegungen spielten. Die Besetzungen verbanden dabei einen lokalen Bezug mit einem transnationalen Ansatz. Ihr Einsatz bestand darin, in der ökonomischen und sozialen Krise, die in den 1980er Jahren die Innenstadtränder auch und sogar insbesondere in Hamburg prägte, Räume für selbstorganisierte Experimente mit anderen Wohn- und Lebensformen zu schaffen. Dabei sollte es durchaus ums Ganze gehen: um das Wohnen, das Arbeiten, das Leben. Die Rote Flora wurde – schon aufgrund ihrer räumlichen Möglichkei-

---

<sup>6</sup> Obwohl sie offenbar noch nicht ganz fertig redigiert wurde, gibt die „Zeitleiste“ einer älteren Ausstellung über die Rote Flora einen guten ersten Überblick über die Geschichte des Projekts und die vielfältigen Konflikte um das Haus: [www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/zeitleiste.html#2004]. Eine umfassende und gut recherchierte Chronik findet sich auch auf [http://asb.nadir.org/filme.html].

<sup>7</sup> Auch diese Plakate und ihre Parolen kann man in der in Anmerkung 6 genannten Ausstellung bewundern.

ten – schnell zu einem Ort, in dem Konzerte und Partys stattfanden, eine „Volkküche“ betrieben wurde, Übungsräume, eine Motorradwerkstatt, später auch das Archiv der Sozialen Bewegungen einen Platz fanden. Sie blieb allerdings immer ein Zentrum, auf das sich zwar auch Ältere bezogen, das aber eher durch die jüngeren, kinderlosen Generationen geprägt wurde. 1995 wurde ein Kinderladen vor allem deshalb nicht eingerichtet, weil sich das Flora-Plenum bezahlten Stellen verweigerte.

Vor allem aber ist aus heutiger Sicht bemerkenswert, dass die Rote Flora immer ideologisch antikapitalistisch und praktisch unkommerziell geblieben ist: ein Ort ohne Profite, ohne bezahlte Stellen und ohne Vertrag mit der Stadt. Noch heute ist das Gebäude besetzt – während zahllose soziale Zentren in Hamburg inzwischen legalisiert sind, wie beispielsweise die „Motte“ und die „Fabrik“ in Altona oder die „Honigfabrik“ in Wilhelmsburg.

Die Rote Flora blieb immer umkämpft, und auch die Linie, die Integrationsangebote der Stadt abzulehnen, war keinesfalls der durchgehende Konsens im Flora-Plenum. Noch 1989 beschloss die Stadt, den hinter der Flora liegenden Park zu bebauen, worauf es zu einer „Bewaldungsaktion“ und schließlich zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht kam, als der Park schließlich am 27. Juli 1991 geräumt wurde. Ebenfalls im Jahr 1989 entdeckte der Hamburger Senat das Potenzial des Viertels im Kontext einer subsidiären und „kreativwirtschaftlichen“ Stadtpolitik. Auch zu diesem Zweck gründete er eine „Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft mbH“ (steg), die seitdem als outgesourcte städtische Firma die „Aufwertung“ von Sanierungsgebieten mitverwaltet. In diesem Kontext begann man dann auch „Friedensangebote an den Stadtteil“ zu formulieren. Das erste Projekt der steg war der sogenannte „Schanzenhof“, der im ehemaligen Gebäude der Montblanc-Werke angesiedelt wurde und in den ortsansässige Kleinbetriebe, ein Kino, die Volkshochschule und so weiter zu im Ver-



gleich zu heute günstigen Bedingungen einzogen.<sup>8</sup> 1992/93 baute der Hamburger Senat nicht zuletzt auf dieser Grundlage eine andere Art von Druck auf die BesetzerInnen auf, indem er ihnen Vertragsverhandlungen anbot – die Flora lehnte nach längerer kontroverser Diskussion ab. Kurz darauf schob ein Wechsel im politischen Personal der Stadt die Verhandlungen wieder von der Tagesordnung. 1995 kam zu den Verhandlungen und Konflikten mit der Staatsmacht hinzu, dass das Gebäude im ersten Stock abbrannte – nach einem halben Jahr war es im Rahmen eines „Aufbaus F“ wieder nutzbar. Mehr als einmal wurde die Flora danach auch Gegenstand polizeilicher Angriffe und Hausdurchsuchungen, vor allem Ende der 1990er Jahre und während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahre 2007. Aber auch in Phasen innerer Krisen wie während der Stagnation der autonomen Bewegung in den späten 1990er Jahren konnte sich das Projekt gegen Repressionen behaupten. In all diesen Jahren gab es keine „öffentliche Förderung“. Die Rote Flora ist ein herausragendes Beispiel für die Praxis der Selbstverwaltung, mit all ihren Ambivalenzen, von denen Debatten über Sexismus in der Szene, über Alkoholmissbrauch, über neue, informelle Hierarchien oder die Grenzen der Nutzung ebenso Zeugnis ablegen wie der Umstand, dass das freiwillige Engagement der NutzerInnen des Hauses schließlich sogar der CDU und der Hamburger Handelskammer angesichts klammer öffentlicher Haushalte einen gewissen Respekt abnötigte.<sup>9</sup>

2001 beschloss der damalige rot-grüne Senat, nachdem ein weiteres Angebot, über den Vertragszustand des Gebäudes mit den NutzerInnen zu verhandeln, abgelehnt worden war, den Verkauf

---

<sup>8</sup> Auch für den Hinweis auf diesen Zusammenhang, den ich schon fast verdrängt hatte, obwohl (oder weil?) ich in den 1990er Jahren selbst in einem der von dieser Politik betroffenen Kleinstunternehmen gearbeitet habe, habe ich Rainer Zwangseleitner zu danken.

<sup>9</sup> Zum Alltag in der Roten Flora siehe auch Andreas Blechschmidt, Die Rote Flora im Hamburger Alltag. Stör- oder Standortfaktor, in: Peter Birke / Chris Holmstedt Larsen, Besetze Deine Stadt! BZ din by! Stadtentwicklung und soziale Bewegungen in Kopenhagen, Hamburg 2009, S. 190–198.

der Roten Flora.<sup>10</sup> Für damals etwa 370.000 Deutsche Mark erstand der „Immobilienkaufmann“ Klausmartin Kretschmer das Gebäude mit der Auflage, das Kulturzentrum zu erhalten und das Gebäude nicht abreißen zu lassen. Inmitten des Wahlkampfs wollten SPD und Grüne das „Thema abhaken“. Sie fanden die Unterstützung der städtischen Eliten, die die Rote Flora mittlerweile als kulturelle Sehenswürdigkeit des Schanzenviertels würdigten. Die Handelskammer begriff das Gebäude als Touristenattraktion und somit – ähnlich wie die Hafestraße oder Christiania in Kopenhagen – als „weichen Standortfaktor“.

#### IV

Als die Rote Flora besetzt wurde, waren die politischen Instrumente, die solche „Faktoren“ in den „Standort“ integrieren sollten, schon vorhanden. Dazu gehörten die erwähnte Gründung der steg, die Entdeckung lokaler „kreativwirtschaftlicher Potenziale“, die kurzzeitige Verhandlungsoption. Doch das war nur die eine Seite der Medaille. Denn auch die repressive Tendenz des „tiefen Neoliberalismus“ (Neil Smith) und der Politik der Normalisierung der 1990er und frühen 2000er Jahre kann am Beispiel des Hamburger Schanzenviertels studiert werden. So kam es zwischen 1996 und 1998 zu erheblichen Auseinandersetzungen um polizeiliche Übergriffe, die damals schon mit *racial profiling* verbunden waren: ständige willkürliche Kontrollen und die Ausdehnung polizeilicher Sonderrechte, die mit dem Drogenhandel begründet wurden, der sich nach der Vertreibung der illegalisierten Händler vom mittlerweile inwertgesetzten und umfassend kontrollierten Hauptbahnhof hierher verlagert hatte.

Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre beförderte ein lokaler ökonomischer Boom die Aufwertung des Quartiers: Das Schanzenviertel wurde zum Vorzeigeort einiger jener „Cluster“, denen in der „unternehmerischen Stadt“ eine zentrale Rolle zugewie-

<sup>10</sup> Die Position der Roten Flora dazu: [<https://www.nadir.org/nadir/initiativ/ro-teflora/positionspapier.html>].

sen wurde: IT-Dienstleistungen, Kreativwirtschaft, Tourismus. 1999 und 2000 wurden die Hinterhöfe und Cafés des Viertels zum Mittelpunkt der Selbstinszenierung der *startups* des IT-Booms, ein Image, das dem Quartier trotz des Verschwindens jener sagenhaften Reichtümer nach dem Platzen der Blase seitdem anhaftet. 2002 wurde gegenüber der Flora die Piazza fertiggestellt, die in den Jahren darauf zum Touristenmagnet wurde und – wie das gesamte Schanzenviertel – insbesondere an Abenden und Wochenenden Abertausende von BesucherInnen anzieht. Zwar ist die Rote Flora geblieben. Aber sie liegt heute in einem Gebiet, in dem die Mieten explodiert sind, viele Geschäfte aufgrund der rasant gestiegenen Ladenmieten verschwunden sind und sich die soziale Zusammensetzung der Nachbarschaft sehr stark verändert hat.<sup>11</sup>

Die emphatische identitätspolitische Bezugnahme der Roten Flora auf den Stadtteil ist wohl auch deshalb in den 1990er Jahren durch das Selbstverständnis ersetzt worden, eine letzte Insel inmitten des Wahnsinns der neoliberalen Stadt zu sein. Das offene Einverständnis vieler alter und neuer Nachbarn mit repressiven Polizeistategien gegen Drogenkonsumenten und -verkäufer zog Abgrenzungen nach sich und ließ die unmittelbare soziale Umgebung der Flora nunmehr eher feindlich erscheinen.<sup>12</sup> Die Orientierung auf die „Kämpfe im Viertel“ und das virtuelle Kollektiv der „Nach-

---

<sup>11</sup> In den wenigen aber wesentlichen Erhebungen über lokale Armut- und Reichtumsverhältnisse (Indikatoren: Zahl der ALG-II-EmpfängerInnen, Kinderarmut, Erwerbslosigkeit und so weiter) liegt die lokale Verwaltungseinheit „Sternschanze“ heute nur noch geringfügig über dem Hamburger Schnitt: Die offizielle Erwerbslosigkeit lag 2012 bei 5,9 Prozent (Durchschnitt: 6,5 Prozent), 12,8 Prozent der EinwohnerInnen waren ALG-II-EmpfängerInnen (Durchschnitt: 10,5 Prozent), 26,1 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren lebten in sogenannten ALG-II-„Haushaltsgemeinschaften“ (Durchschnitt: 22,5 Prozent). Das bedeutet natürlich keineswegs, dass die Armut in diesem Stadtteil insignifikant ist, ganz im Gegenteil. Im Vergleich mit einigen Wilhelmsburger und Billstedter Quartieren werden die Unterschiede jedoch deutlich: Hier liegt der Anteil der (lohnarbeitenden und -arbeitslosen) ALG-II-EmpfängerInnen bei deutlich über 50 Prozent (Zahlen: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburger Stadtteilprofile 2012, Hamburg 2013, S. 58).

barn“ wurden durch einen „minderheitenorientierten Ansatz“ ersetzt – beziehungsweise in gewissem Sinne identitätspolitisch umgestülpt. Der Ansatz, bei dem zweifelsohne auch die Rezeption der antinationalen Debatte in der radikalen Linken eine Rolle spielte, war zeitgenössisch (auch deshalb) äußerst umstritten.

Einige Jahre später dagegen wurden auch in der Flora virtuelle Kollektive („das Viertel“, „die Nachbarn“, „die Minderheiten“) überhaupt in Frage gestellt, seien sie nun positiv oder negativ konnotiert. Gleichwohl nimmt die Rote Flora heute, im gentrifizierten Schanzenviertel, nur noch sporadisch und unsystematisch Bezug auf Konflikte im Quartier, zuletzt in den Kämpfen um den Umbau des Schanzeparks und des dortigen Wasserturms durch ein Mövenpick-Hotel, alljährlich auch in den Auseinandersetzungen um das selbstorganisierte Schanzenfest. Das Schanzenviertel, früher einer der Hochburgen kritisch-oppositioneller Stadtpolitik, spielt in dieser Hinsicht heute insgesamt nur noch eine Nebenrolle.

## V

Die Besetzung des Hamburger Gängeviertels, der Kampf um das FRAPANT in Hamburg-Altona, das Manifest „Not in our name, Marke Hamburg“ – einige der Highlights von „Recht auf Stadt“ (RAS) – boten seit 2009 Anknüpfungspunkte für eine neue, offensive Aneignung städtischer Räume und relativierten damit den Eindruck des Inselcharakters der Roten Flora.<sup>13</sup> Die Kritik an der In-

---

<sup>12</sup> Zum „minderheitenorientierten Ansatz“ siehe [[www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/texte/krieg\\_der\\_zwerge.html](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/texte/krieg_der_zwerge.html)]. Diese Position scheint auch noch in der Rezeption der aktuellen Konflikte durch; vgl. Andreas Blechschmidt, Niemand hat die Absicht, den Senat zu stürzen, *transmitter*, 1 (2014), S. 10–12, hier S. 12. Zur Kritik siehe den Beitrag von Dirk Hauer und Pia Peddinghaus in: *StadtRat, Umkämpfte Räume* (wie Anm. 1). Zu aktuellen Widersprüchen dieses Ansatzes siehe unten.

<sup>13</sup> Zu RAS siehe Christoph Schäfer, *Die Stadt ist unsere Fabrik*, Leipzig 2010; Christoph Twickel, *Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle*, Hamburg 2010. Siehe außerdem die Texte in: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung*, Hamburg 2011; Peter

strumentalisierung der künstlerisch-kreativen Arbeit und die Rezeption der transnationalen Debatte über Gentrifizierung spielten für RAS eine große Rolle. Zu den Protesten gegen die Repression unter der rechtspopulistischen Koalition nach 2001 und gegen die Instrumentalisierung partizipativer Verfahren zum Zwecke der Aufwertung des Stadtteils (etwa in den Piazza-Planungen seit 1999) kam in der Flora die Reflexion auf die eigene Praxis als eine Art Gentrifizierung „von unten“: „Der wesentliche Unterschied zur Umstrukturierung von oben besteht darin, dass die lokale Alternativkultur nun selbst als Motor dieses Prozesses fungierte, indem sie den Stadtteil belebte und für eine weitergehende Verwertung erschloss.“<sup>14</sup> Mit dieser Einschätzung wandten sich die Texte aus der Flora zugleich stärker einer anti-identitären, selbstreflektierten Position zu und lösten sich aus dem Schema „Unser Viertel / ihr Viertel“ früherer Verlautbarungen. Hier entwarf sich die Flora als Ort fluider, pluraler und sogar gegensätzlicher Identifizierungen, die zugleich als Voraussetzung eigensinniger Handlungsfähigkeit und als Abwehr gegen Vereinnahmung wirkten: „Wichtig ist uns, dass in der Flora Partys, Konzerte, Theateraufführungen und Lesungen genauso stattfinden wie politische Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Kongresse und Workshops. Es gibt Räume für Treffen von politischen Gruppen, das Archiv der sozialen Bewegungen, eine vegane Volxküche, Bandproberäume, eine Siebdruckwerkstatt, ein

---

Birke / Max Henninger, Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online, Hamburg 2012. Zur Bedeutung der Kritik an der Instrumentalisierung „kreativer“ Arbeit siehe auch Johannes Novy / Claire Colomb, Struggling for the Right to the (Creative) City in Berlin and Hamburg: New Urban Social Movements, New Spaces of Hope?, International Journal of Urban and Regional Research, 37 (2012), 5, S. 1.816–1.831. Es wäre eine eigene (aber meines Erachtens fällige) Auseinandersetzung wert, wie der Begriff der „Kreativität“ den spezifischen Charakter der Arbeit, von der in diesen Kontexten gesprochen wird, beschreibt, trivialisiert und zugleich korporatistisch „reklamiert“ – und insofern die Autonomie-Entwürfe Arbeitender anderer Branchen im Grunde entwertet (ein, wie ich finde, durchaus nicht geringfügiges Problem dieses „frühen“ RAS-Diskurses).

<sup>14</sup> Positionspapier „Flora bleibt unverträglich“, 2011: [[www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/texte/unvertraeglich.html](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/roteflora/texte/unvertraeglich.html)].

Künstler\_innen-Atelier, eine Motorrad- und eine Fahrradselbsthilfewerkstatt, einen Bau- und einen Sportraum. Dabei ist Kultur in der Flora immer eingebunden in politische Strukturen. Alle Versuche, die ‚kreativen Kulturschaffenden‘ und ihre angesagten Veranstaltungen von den ‚autonomen Kapuzenträgerinnen‘ und ihren radikalen politischen Positionen zu trennen, laufen ins Leere – Politik und Kultur haben in der Flora viele Gesichter, oftmals gehören sie zu denselben Personen.“

Die Entdeckung der „eigenen Rolle“ in Aufwertungsprozessen, auf die die Rote Flora kein Monopol erheben kann, hat durchaus auch problematische Aspekte. Sie führt einen „verschleierte[n]“ Diskurs über den sozialen Charakter autonomer Projekte, in der die „bürgerliche Politik“ betont wird, der man ungewollt in die Hände spielen und deren Teil man insofern letztlich sei, während die soziale Zerklüftung und Prekarisierung innerhalb der Belegschaft sozialer Zentren weiterhin Non-Thema bleibt. Aber der Schritt von einer kritischen Selbstreflexivität zu einer offensiven anti-identitären Positionierung ist außerordentlich wichtig, wenn aus – mittlerweile nicht nur in der radikalen Linken verbreiteten – Erkenntnissen zur Rolle der Subkulturen in Gentrifizierungsprozessen ein politisches Projekt werden soll. Die Jahre nach 2009 können in dieser Hinsicht als qualitativer Sprung gesehen werden, in denen in Hamburg einige neue soziale Zentren entstanden sind und zahlreiche Besetzungsversuche stattgefunden haben. Die dadurch entstandene Pluralität der Autonomie-Entwürfe und die Subversion tradierter politischer Formen hat vor allem im Gängeviertel eine sehr wichtige Rolle gespielt. Sie hat die urbanen sozialen Bewegungen in Hamburg seitdem stark geprägt.<sup>15</sup> Die Konsequenzen aus dieser Haltung sind nicht unwesentlich, auch in Bezug auf die aktuelle Auseinandersetzung innerhalb von RAS und den stadtpolitischen sozialen Bewegungen. Mit der Weigerung, sich auf eine bestimmte vordefinierte und repräsentierbare Form des Politischen festzulegen, wird an ein zentrales Element von Revolten nach 2011 angeschlossen, so-

---

<sup>15</sup> Vgl. Komm in die Gänge, Mehr als ein Viertel, Hamburg 2012.

zusagen auch eine Verbindung zum Syntagma oder zum Gezi-Park hergestellt. Dies ist definitiv etwas anderes als jene „Minderheitenorientierung“, die oben skizziert wurde und die immer wieder auf eine Opposition gegen die „autoritäre Disziplinierung“ verengt wird, als deren geronnener Ausdruck die Polizeigewalt gilt.

Einige Erfolge von RAS sprechen darüber hinaus dafür, dass es durchaus möglich ist, Breschen in die neoliberale Formierung zu schlagen: Dies zeigt sich etwa in der – bis heute zwar nur partiellen, für die weiteren Kämpfe aber dennoch sehr wichtigen – Durchbrechung des Höchstgebotsverfahrens bei der Veräußerung städtischer Flächen und Immobilien, das auch in Hamburg mit der Durchsetzung neoliberaler Stadtpolitiken eingeführt worden war. Ebenso zeigt sich dies, vielleicht noch wichtiger, in einer Verbreiterung und Sichtbarmachung der MieterInnen-Kämpfe über die Szeneviertel hinaus, in ganz Hamburg und sogar in der Stadt-Peripherie. Vieles weist darauf hin, dass solche Erfolge durch Bewegungen erzielt werden können, deren politische Form wesentlich durch ihren experimentellen Charakter und eine soziale Heterogenität bestimmt wird, wie sie etwa in der offenen Konzeption des Gängeviertels repräsentiert wurde. Natürlich sind diese Formen ebenso ambivalent wie die Autonomie-Entwürfe der 1990er Jahre, und sie garantieren keineswegs, vor Versuchen der Instrumentalisierung und einer Re-Integration in die noch immer hegemoniale neoliberale Stadtpolitik gefeit zu sein. Aber eine solche Garantie gab es nie – und wie geschildert auch nicht für die Bewegungen der Vergangenheit.

## VI

Was bedeutet die Hamburger „Recht-auf-Stadt“-Bewegung für den aktuellen Kampf um den Erhalt der Roten Flora? Zunächst muss der Ernst der Lage betont werden. Einerseits ist die Drohkulisse der Räumung mehr als ernst zu nehmen – und sie wird vor allem in Hamburg, wo die Flora zum selbstverständlichen Inventar der sozialen Bewegungen zu gehören scheint, nicht selten eher unterschätzt. Vieles an der aktuellen Situation erinnert insofern an jene

Tage kurz vor der Räumung des Kopenhagener „Ungdomshuset“ im März 2007.<sup>16</sup> Die Politik der Stadt Hamburg erscheint dabei auf den ersten Blick ebenso widersprüchlich wie die Politik der damaligen sozialdemokratischen Regierung der Kommune Kopenhagen. Einerseits pocht der Hamburger Senat auf ein vertragliches Rückkaufrecht für das Flora-Restgebäude. Im Januar 2014 stellte er Klausmartin Kretschmer ein „Ultimatum“ und bot etwas mehr als eine 1,1 Million Euro – ein Angebot, das Kretschmer postwendend zurückwies. Bereits vorher war der Bebauungsplan dergestalt verändert worden, dass „der Rückbau, die Änderung, die Nutzungsänderung oder die Errichtung baulicher Anlagen“ einer Genehmigung durch das Bezirksamt Altona bedürfen. Immer wieder wird von städtischer Seite betont, dass der Status quo – gemeint ist vor allem der Erhalt als Kulturzentrum – nicht angetastet werden soll. Eine sichere Barriere gegen eine Räumung ist das jedoch keinesfalls. Kretschmer hat das Ultimatum Anfang Februar 2014 unter anderem mit dem Argument verstreichen lassen, dass er das Gebäude, das er für auf heutige Preise umgerechnet rund 190.000 Euro gekauft hat, auf dem Immobilienmarkt gegenwärtig für ein Vielfaches des durch den Senat angebotenen Preises veräußern könne. Das ist angesichts explodierender Immobilienpreise durchaus plausibel. Nicht nur deshalb ist unklar, was bei dem bevorstehenden Rechtsstreit herauskommen wird.

Während der Senat also einerseits ein Interesse am Erhalt der Flora suggeriert, ließ er andererseits der Hamburger Polizeiführung bei einer Großdemonstration für den Erhalt der Roten Flora am 21. Dezember 2013 offensichtlich völlig freie Hand. Noch vor Beginn der Veranstaltung, an der zwischen 7.500 und 10.000 Menschen teilnahmen, wurden die DemonstrantInnen von der Polizei überfallen, woraufhin es zu Straßenschlachten mit hunderten Verletzten kam. Die Situation eskalierte sowohl während der Demon-

---

<sup>16</sup> Vgl. hierzu René Karpantschhof, Kopenhagen, Jagtvej 69. Ein Jugendzentrum zwischen Besetzungen, Politik und Polizei (1981–2007), in: Birke / Holmsted (Hg.), *Besetze Deine Stadt!* (wie Anm. 9), S. 53–78.



stration – ein Teil der DemonstrantInnen versuchte die Polizeiangriffe mit allen greifbaren Mitteln abzuwehren –, als auch in den darauf folgenden Tagen und Wochen. Auf der Demonstration wurden hunderte DemonstrantInnen und dutzende PolizistInnen zum Teil schwer verletzt. Bereits zuvor und auch danach war es darüber hinaus zu vereinzelt „offensiven“ Aktionen gegen einige verantwortliche PolitikerInnen und Einrichtungen der Polizei gekommen – fast ausschließlich handelte es sich um Steinwürfe gegen Fenster und ähnliches, deren UrheberInnen für sich reklamierten, das Heft in die Hand zu nehmen. Insbesondere die Hamburger Massenmedien, allen voran das *Hamburger Abendblatt* und die *Hamburger Morgenpost*, welche über die „bunten“ RAS-Aktionen seit 2009 wohlwollend berichtet haben, reagierten auf die Ereignisse des 21. Dezembers 2013 mit einer in den vergangenen Jahren beispiellosen Hetze, in der alle Maßstäbe sorgfältiger und aufrichtiger journalistischer Arbeit verloren gingen.<sup>17</sup> Nach einem angeblich von Autonomen verübten Angriff auf die Davidwache im Hamburger Stadtteil St. Pauli durfte die Polizei Ende Dezember 2013 ein flächenmäßig riesiges „Gefahrengebiet“ einrichten, in dem unter anderem willkürliche Kontrollen und Platzverweise legalisiert wurden.<sup>18</sup> Das

---

<sup>17</sup> Die Reaktion der bürgerlichen Presse – einschließlich großer Teilen der linksliberalen Medienlandschaft – auf die Hamburger Riots war in der Tat bemerkenswert. Beim Angriff auf die Demonstration vom 21. Dezember 2013 übernahm die gesamte Medienwelt, mit der rühmlichen partiellen Ausnahme der tageszeitung und der Frankfurter Rundschau, schlicht und ergreifend den Polizeibericht, der den brutalen Angriff, wohl in der Absicht bewusster Irreführung, als Reaktion auf Steinwürfe und dergleichen darstellte. Am Beginn der Demonstration waren Heerscharen von MedienvertreterInnen zugegen, die alle gesehen haben müssten, dass sich die Polizei diesmal nicht einmal die Mühe gemacht hatte, ihre V-Leute ein paar Böller werfen zu lassen, die als Anlass für den Angriff dienen konnten.

<sup>18</sup> Auch im Fall des „Angriffs“ auf die Davidwache – dem Anlass für die Einrichtung der Gefahrengebiete – war das Sensations-Geschrei dieser Medien groß, während es sich in Wirklichkeit bei der „Tat“ um eine sehr kreative Zusammenstellung verschiedener Ereignisse durch die PR-Abteilung der Polizei handelte. Fest steht jedenfalls, dass es einen gezielten „Angriff“ auf die Wache – von wem auch immer – nicht gegeben hat.

ist an sich nichts Neues. Insbesondere das Schanzenviertel war über lange Zeit fast permanent eine Sonderzone, in der bestimmte Grundrechte de facto nicht galten. Andreas Blechschmidt zählte – als Sprecher der Roten Flora – in den vergangenen Jahren über vierzig Fälle, in denen solche Zonen eingerichtet worden sind.<sup>19</sup> Neu hingegen war der Umstand, dass die Sonderzone gleich mehrere Stadtteile umfasste.

Was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint – der Versuch, eine Räumung der Flora legal zu vermeiden, die Repressionen gegen die Demo und danach –, fügt sich mit Blick auf die Hamburger Stadtpolitik der letzten Jahrzehnte zu einem Mosaik aus Repression und Einhegung zusammen. Es bleibt in diesem Muster dauernd unklar, auf welche der beiden Strategien die Gegenseite setzen wird. Klar ist aber, dass die Wahrscheinlichkeit, ausgerechnet die aktuelle sozialdemokratische Mehrheitsregierung Hamburgs würde im Zweifel einer polizeilich-repressiven Lösung des Konflikts Einhalt gebieten, gegen Null tendiert. Dagegen spricht auch nicht, dass die Flora weiterhin als „weicher Standortfaktor“ bewertet wird, der die touristische Verwertung des Schanzenviertels fördert und als „authentischer Ort“ seinen Teil zum lokalen Immobilienboom beigetragen hat. Denn ihr Autonomieentwurf und ihr Charakter als nicht-kommerzielle Zone stehen in dauernder Opposition zu den Grundlagen dessen, was sich die Hamburger Stadtpolitik auf die Fahnen geschrieben hat. Die Konzeption einer Dauerbesetzung, die Weigerung, Verträge zu unterzeichnen, die Ablehnung einer „Professionalisierung“ sowie der kontrollierten Übernahme durch den lokalen Staat beziehungsweise parastaatliche Institutionen sind selbst im Vergleich zu den meisten anderen noch existierenden besetzten Häusern eine Provokation der auf *law and order* fokussierten Regierung.

Auch eine „Verstaatlichung“ im Sinne eines Kaufs der Roten Flora durch die Stadt kann deshalb – selbst wenn die Gerichte entsprechend urteilen – keineswegs mit einer nachhaltigen Sicherung

---

<sup>19</sup> Blechschmidt, Niemand (wie Anm. 12), S. 12.

des Projekts als selbstverwaltetes Zentrum gleichgesetzt werden. Dass der Senat einen Rückkauf anstrebt und zugleich einen teilweise entgrenzten Polizeiapparat schalten und walten lässt, setzt die alte, zweigleisige Politik der „Normalisierung“ fort, der sich verschiedenste Hamburger Stadtregerungen in den 1990er und 2000er Jahren verschrieben haben. Es passt zu dieser Gemengelage, dass Kretschmer, der seit einigen Monaten keine Provokation auslöst, um seine Verhandlungsposition zu verbessern, selbst nicht nur Immobilienkaufmann, sondern auch kreativwirtschaftlicher Unternehmer ist. Und man darf in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen, dass es die letzte rot-grüne Regierung war, die ihn als Vertreter eines aufstrebenden Clusters hofierte und für geeignet hielt, das Management des Flora-Gebäudes zu übernehmen. Kretschmers immer wieder neuen Pläne sahen unter anderem eine riesige Eventfläche und ein „sechsstöckiges Kulturzentrum“ vor – und passten damit in die Mainstreamkultur als Form der marktgerechten Verwertung der „kreativen Klasse“. Vielleicht bestand aber auch damals die Hoffnung, die Nutzer des Gebäudes würden sich auf Verhandlungen mit diesem selbsternannten Wohltäter einlassen. Dabei hatte sich Kretschmer als Ausbeuter prekärer KünstlerInnen schon früher einen schlechten Namen gemacht – seine Aktivitäten im „Brandshof“ an den Elbbrücken etwa waren ein Baustein der Gründung des Gängeviertels und des Recht-auf-Stadt-Netzwerkes. Der Konflikt um die Rote Flora knüpft in dieser Hinsicht direkt an jene Auseinandersetzungen an, die vor rund vier Jahren Auslöser für die Formierung der Recht-auf-Stadt-Netzwerke waren, und ebenso an den Widerstand gegen die Einverleibung in das „kreative“ Cluster.

## VII

„4.700 Randalierer, 3.168 Polizisten. Die Schlacht um die Schanze.“ So titelte die *Hamburger Morgenpost* am 22. Dezember 2013. Schon die Überschrift weist angesichts dessen, dass die drei AutorInnen des Textes wohl kaum jeden einzelnen Polizisten gezählt haben werden, darauf hin, dass die Informationen dem Polizeibericht ent-

nommen sein müssen. Entsprechend geht es weiter, und damit war auch der Ton angeschlagen, den die Hamburger Medien in den Tagen nach der Demonstration beibehielten – der Kampf um die Rote Flora war plötzlich in einen Diskurs über den „schwarzen Block“, „die sinnlose, irre Gewalt“, sowie über „Krawallmacher und Randalierer, die unsere Stadt kaputtmachen“ eingewoben.<sup>20</sup> Ein Teil dieser Rezeption geschah auf der Grundlage von aus dem Netz, also etwa aus „Indymedia“, gezogenen Äußerungen: Die Rote Flora hatte es geschafft, die symbolische Bedeutung des Projekts zu nutzen, um recht massiv auf Bundesebene für die Demo zu mobilisieren. Innerhalb dieser Mobilisierung artikuliert sich – mit völlig unklarer Autorenschaft und sicherlich medial stark überrepräsentiert – auch so etwas wie ein ritualisierter Militantismus. Dabei wurde die Medialisierung des Konflikts auch „von links“ betrieben, indem die Kontroversen über die „Gewalt von links“ auch von Aktivisten aus dem Recht-auf-Stadt-Netzwerk in gängigen Meinungsmedien ausgetragen wurden.<sup>21</sup> Die Rote Flora selbst reagierte zunächst mit einer gewissen Sprachlosigkeit, später mit der Betonung der notwendigen Abwehr eines angreifenden, autoritären Staates, die inhaltlich an die Position der früheren „Minderheitenorientierung“ anknüpft.<sup>22</sup>

Charakteristisch ist in diesem Prozess die Wechselwirkung des massenmedialen wie polizeilichen Identifizierens einerseits und einer subkulturellen Identifikation andererseits, die im Gegensatz zu jenem oben zitierten, anderen Wunsch aus der Flora steht, sich nicht identifizieren zu lassen.

<sup>20</sup> Wer mehr von diesem dummen Zeug lesen will (oder sich für eine systematische sprachliche Analyse interessiert, die hier nicht geleistet werden kann) vgl. [<http://www.mopo.de/polizei/4700-randalierer—3168-polizisten-die-schlacht-um-die-schanze,7730198,25708136.html>].

<sup>21</sup> Vgl. etwa Christoph Twickel, Ausschreitungen in Hamburg. Ein dämliches Gewaltspektakel, [[www.spiegel.de/panorama/debattenbeitrag-zu-ausschreitungen-in-hamburg-a-941360.html](http://www.spiegel.de/panorama/debattenbeitrag-zu-ausschreitungen-in-hamburg-a-941360.html)]. Dieser Beitrag hat einen in der Hamburger radikalen Linken vielbeachteten Streit ausgelöst, der meines Erachtens allerdings kaum neue Erkenntnisse über DIE „Gewaltfrage“ hervorgebracht hat.

<sup>22</sup> Vgl. Blechschmidt, Niemand (wie Anm. 12).

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht gegenwärtig vor allem das, was man am Körper trägt. Dem regionalen und bundesweiten Boulevard ist es in den ersten Wochen des Jahres 2014 gelungen, die Forderung und Praxis der Selbstverwaltung und Autonomie in der öffentlichen Wahrnehmung im Bild eines einheitlichen „schwarzen Blocks“ unsichtbar zu machen. In den sogenannten Gefahrengeländen beschlagnahmte die Polizei später jedoch vor allem Klobürsten, die findige AktivistInnen neben allerlei anderen Scherzartikeln am Körper trugen. Schließlich wurde von höchster Stelle vor Reisen ins Gefahrengelände gewarnt, der Massentourismus schien sich gegen diese neue Attraktion zu sperren. Diese Aufhebung war letztlich Resultat einer massiven, sozial wie politisch relativ breiten Protestwelle. Nach der Einrichtung der „Gefahrengelände“ kam es dort fast täglich zu Kundgebungen, die häufig durch massive Polizeieinsätze behindert wurden, aber deshalb kaum abnahmen. Am 13. Januar 2014 wurden die Gefahrengelände (die zum Schluss zu „Gefahreninseln“ geschrumpft waren) aufgrund des Drucks und des drohenden Imageverlustes der Hansestadt vorläufig aufgehoben.

Ironischerweise hat der kurze Bewegungszyklus zwischen dem 21. Dezember und dem 13. Januar sowohl die Position der Roten Flora gegenüber Kretschmer als auch den lokalen staatlichen Gewaltapparat gestärkt. Die Hamburger Stadtregierung und speziell Innensenator Michael Neumann stellte der Polizei praktisch in jeglicher „Einsatzlage“ einen Freifahrtschein aus und bestätigte später die Legitimität selbst der größten polizeilichen Übergriffe. Gleichzeitig wurden die Versuche seitens des Senats, Kretschmer von einer Aufgabe seines „Objekts“ zu überzeugen, im Anschluss an die Aufhebung der Gefahrengelände deutlich intensiver. Man könnte die Frage stellen, ob zu dieser Situation am ehesten (a) die Innenlogik der städtischen Politik (zwischen Repression und Einbindung, (b) das „militante“ Outfit der Demo oder (c) das breit gestützte subversive „Unterlaufen“ der „Gefahrengelände“ beigetragen hat. Die Antwort ist: Alle drei Aspekte spielten sicherlich eine Rolle,

aber die Frage ist im Grunde zweitrangig. Denn in Protestbewegungen werden oft die unterschiedlichsten Register gezogen und die Frage nach der *best practice* bleibt gegenüber der Tatsache, dass Sozialproteste ein ebenso komplexes wie selbstständiges soziales Phänomen sind, tatsächlich genau so abstrakt wie die Frage danach, was die ambivalente staatliche Politik jeweils auf Lager hat.

Wichtiger ist aus meiner Sicht eine Diskussion darüber, was „Militanz“ eigentlich konkret und auf den sozialen Alltag bezogen bedeuten könnte. In der sehr schwachen und kaum über interne Diskussionen hinausgehenden Debatte hierzu wurde die uniformierte Militanz, die in den Hamburger überregionalen und internationalen Medien der ersten Wochen des Jahres 2014 vorgezeigt wurde, von Seiten der VerteidigerInnen der Demo-Strategie gern als Ausdruck einer „sozialen Wut“ verstanden, die sich nicht nur auf die mögliche Flora-Räumung, sondern etwa auch auf hohe Mieten, schlechte Lebensbedingungen und eine repressive Flüchtlingspolitik beziehe. Ich halte solche Spekulationen über die soziale Authentizität militanter Aktionen für ziemlich fragwürdig. Denn erstens wurde die soziale Zusammensetzung der Protestierenden in diesen und ähnlichen Situationen niemals wirklich untersucht, zweitens entwickeln sich Straßenkämpfe durchaus eigendynamisch in unübersichtlichen, sich schnell verändernden und auch sich verselbständigenden Situationen. Ihre Motivlage nachträglich zu erklären, wendet sich zwar gegen die Spaltung zwischen medial als legitim und medial als illegitim geltenden Formen. Aber dies geschieht, indem in der Mascherade, die mit dem „Block“ inszeniert wird, ein sozialer Körper imaginiert wird. Es ist letztlich eine Falle, auch wenn ihr zugegebenermaßen nur schwer auszuweichen ist. Verschärft wird das Problem aber durch den Rückfall in die Rhetorik der „Minderheitenpolitik“, auch wenn diese auch als Folge einer notwendigen und unverzichtbaren Anti-Repressionskampagne begriffen werden muss, die die berechtigte Forderung nach einer Solidarisierung mit „allen Opfern staatlicher Gewalt“ enthält.

Es entsteht die Neigung, auf Positionen zu verzichten, die im Zusammenhang mit RAS bereits eingenommen worden sind. Subversion wird in der neu-alten Rhetorik an eine doppelte Einheit geklebt: Einheitlichkeit in der die „Flora“ verteidigenden Szene, Einheit der sozialen Kämpfe in der Stadt von „Lampedusa“,<sup>23</sup> von den „Esso-Häusern“ bis zur „Flora“.<sup>24</sup> Problematisch wird der Klebstoff dort, wo eine Festschreibung der Opferrolle die eigenen Handlungsmöglichkeiten als minoritär, als „letzte Option“ und somit als außerordentlich reduziert erscheinen lässt. Mehr noch: Die Flexibilität der staatlichen Politik, der Zusammenhang von Repression und Einbindung – den erkannt zu haben vor kurzem noch eine wichtige Voraussetzung der politischen Kritik an der Gentrifizierung war – wird nunmehr einseitig aufgelöst und in der Tendenz verwischt. Oder anders gesagt: Gentrifizierung und Repression für im Prinzip dasselbe zu halten, fällt hinter Positionen zurück, die einen der Kerne der Recht-auf-Stadt-Bewegung(en) ausmachen. Die Frage nach der Bedeutung einer Instrumentalisierung von Arbeit und Kreativität wird gelöscht, ja, im Grunde wird der gesamte biopolitische Fragenkomplex über Bord geworfen.

Dabei scheint die Behauptung einer grundlegenden sozialen Gemeinsamkeit der unterschiedlichen sozialen Kämpfe zwar einfach und logisch zu sein. Der Teufel steckt aber auch hier im Detail. Denn die Solidarität zwischen Menschen mit und ohne Aufenthaltsberechtigung ist keine Frage der Betroffenheit, sondern wesentlich eine Frage der Praxis. Sie ist insofern keineswegs an einen essenziellen Status als „Opfer“ oder „Unterdrückte“ gebunden, sondern vielmehr Ergebnis der Reflexion unterschiedlicher und gerade deshalb ungerechter Lebens- und Arbeitsbedingungen. Natürlich kann und sollte sich ein Arztsohn aus Pinneberg mit Lampedusa-Flüchtlingen solidarisieren. Trotzdem ist es eine ganz banale Feststellung, dass seine Lebenssituation sehr weit von deren Le-

---

<sup>23</sup> Aktuelles hierzu findet sich im Schwerpunkt der Hamburger Monatszeitung *analyse und kritik*, 1 (2014).

<sup>24</sup> Zu den Esso-Häusern siehe [[www.initiative-esso-haeuser.de/](http://www.initiative-esso-haeuser.de/)].

benssituation entfernt ist. Und klar können Leute unterschiedlicher sozialer Herkunft in einem sozialen Zentrum zusammenarbeiten, dennoch ist das Aufwachsen in einem Hochhaus am Osdorfer Born ganz bestimmt unendlich weit entfernt von dem in einer Villa in Nienstedten. Und dann: Warum nur sollten „Lampedusa“ und „Flora“ und „Esso“ „ein Kampf“ sein – und wer hat ein Problem damit, wenn es tatsächlich „mehrere Kämpfe sind“? Warum denn bloß nur einen Kampf führen, wenn man gleich mehrere Kämpfe haben kann?

Die Rhetorik der „Einheit“, die derzeit durch die Blogs und Flugblätter eines Teils der Flora-Solidarität spukt, ist zwar historisch nicht neu, aber das macht die Sache nun wirklich auch nicht besser. Sie imaginiert sich als „Macht“, ist aber ein Ausdruck der Ohnmacht. Denn nicht ganz neu ist in diesem Zusammenhang ja ganz offensichtlich das Problem, dass sich zwischen den Kämpfen auf der Straße, den Feiertagen der Bewegungen und unserem tristen, individualisierten und vermutlich prekarierten arbeitenden und wohnenden Alltag oft kaum eine praktische Verbindung herstellen lässt. Das allerdings wäre von großer Bedeutung – eine Verbindung zwischen der Diskussion und Praxis sozialer Zentren auf der einen und eher sozialpolitisch motivierten Protesten auf der anderen Seite. Die Debatte über Gentrifizierung legt dies eigentlich nahe, denn sie umfasst sowohl die Auseinandersetzung mit der Inwertsetzung öffentlicher Räume und der Schließung autonomer Zonen als auch die Frage nach Konflikten um soziale Bedürfnisse, Einkommen, Mieten, Existenzsicherung. Eine breite Thematisierung sozialer Konflikte dies- aber auch jenseits des Kampfes um Autonomie in „Freiräumen“ hat aber auch in Hamburg tatsächlich gerade erst begonnen (und es ist ein Einsatz unserer Aktivitäten in der Vorstadt, diese Thematisierung zu forcieren).<sup>25</sup> Ob und wie es damit weitergehen wird, ist unklar. Zwar wurde die Bedeutung etwa von Migrations- und Armutsverhältnissen im Kampf der Lampedusa-Flüchtlinge 2013 im öffentlichen Raum sehr sichtbar und

---

<sup>25</sup> Siehe Anm. 1.



auch über die linke und radikal-linke Szene hinaus zum stadtpolitisch bestimmenden Thema – als Kampf um das Recht aller Menschen, sich frei von willkürlichen Kontrollen in der Stadt zu bewegen. Aber die Zuspitzung auf einzelne Fokuspunkte bleibt ambivalent. Denn zugleich gehen die Konflikte und Kämpfe nicht nur dort, sondern überall in der Stadt weiter. Offen bleibt, wie stark die drei derzeit aktuellen Beispiele auch migrantische Arbeitskämpfe etwa bei Sub-Subunternehmen auf einer Großwerft, MieterInnenkämpfe in einer Trabantenstadt oder den Kampf um ein Jugendzentrum in der Vorstadt inspirieren werden.

Immerhin gibt es in der mittlerweile langen Geschichte der Roten Flora Einsätze, die über die Fallen und Grenzen der skizzierten ohnmächtigen Reaktionen auf die jüngsten Diskursverschiebungen hinausweisen: Gegenüber der Identifizierung die Nicht-Identität, gegenüber der Opferrolle die Entwürfe der Autonomie, die nicht „einfach nur (sozial) da sind“, sondern politisch bestimmt werden können. Gegenüber einer abstrakten, rhetorischen „Einheit“ die in Hamburg angesichts der Flüchtlingsproteste bereits massenhaft praktizierte konkrete Unterstützung „anderer“ sozialer Kämpfe im Alltag. Und, *last but not least*, gegenüber einer kompensatorischen, plakativen Militanz der Versuch, den eigenen Alltag auch auf der Maloche und auf dem Amt als „politisch“ zu begreifen. Einfacher gesagt als getan, gewiss – aber darum geht es wohl, wenn in der Roten Flora von „Unverträglichkeit“ gesprochen wird. Und vor allem deshalb geht der Kampf um die Flora uns alle etwas an.